



Leitbild für die Kommunale Jugendarbeit in Stühlingen

1. Definition der Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendarbeit basiert grundsätzlich auf dem Ziel, dass Kinder und Jugendliche alters- und lebenslagespezifisch ihre Entwicklung teilweise selbst in die Hand nehmen sollten. In diesem Sinne ist der grundlegende Ansatz der Kinder- und Jugendarbeit, diesen sensiblen Entwicklungs- und Bildungsprozess in einem schützenden Rahmen zu fördern.

Die gegenwärtige rechtliche Grundlage hierfür bildet im Wesentlichen das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Durch seine Vorschriften wird einerseits die Kinder- und Jugendarbeit als staatliche Leistung im Kontext der Sozialgesetzgebung manifestiert, zum anderen werden Partizipation und Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen gesetzlich festgeschrieben.

2. Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfegesetz § 11 Absatz 1 VIII

Im § 11 Absatz 1 des Sozialgesetzbuches Kinder- und Jugendhilfegesetz ist folgendes geregelt:

Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

- frühzeitige (ab Schulalter) Hinführung zu demokratischem Werteverständnis
- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Gesellschaft,
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- internationale Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung,
- Jugendberatung

3. Grundverständnis der Kommunalen Jugendarbeit in Stühlingen

Die Stadt Stühlingen nimmt die im SGB VIII geforderte Unterstützung junger Menschen bei der Gestaltung ihres Lebens ernst und beschäftigt eine/n kommunalen Jugendreferenten. Die Stadt Stühlingen sieht in Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen vollwertige Bürgerinnen und Bürger, deren Interessen und Bedürfnisse bei kommunalpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Mit der Beschäftigung eines Jugendreferenten wird die Stadt Stühlingen der Tatsache gerecht, dass sich junge Menschen in einer herausfordernden Lebensphase befinden, in der sie soziale Kompetenzen und Lebensstrategien entwerfen und entwickeln müssen. Hierin sollen sie durch die kommunale Jugendarbeit unterstützt werden.

Kommunale Jugendarbeit in Stühlingen soll

- sich an den Lebenslagen und Bedürfnissen junger Menschen orientieren,
- individuelle Hilfs- und Unterstützungsangebote machen,
- Selbstorganisation, aber auch Eigenverantwortung fördern,
- die Integration Jugendlicher in gesellschaftliche Orientierungs- und Eingliederungsprozesse fördern;
- die Entwicklung der gesamten Jugendarbeit in der Gesamtgemeinde begleiten, vernetzen und unterstützen,
- in Ergänzung zur Vereinsjugendarbeit, fachlich und kompetent unterstützen
- auch mit Schulen und Ausbildungsstätten kooperieren.

Gemeinderat und Verwaltung verstehen „Kommunale Jugendarbeit“ als

- Teil der sozialen Infrastruktur der Gesamtgemeinde,
- Dienstleistung der Gesamtgemeinde an ihre Bürgerinnen und Bürger,
- Investition in die Zukunft der Gesamtgemeinde;
- einen Baustein der gesetzlich vorgegebenen Jugendbeteiligung nach § 41a der Gemeindeordnung

Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert,

- den Kindern und Jugendlichen in einer wertschätzenden Haltung zu begegnen
- die Angebote der Kommunalen Jugendarbeit zu nutzen,
- sich aktiv an der Kommunalen Jugendarbeit zu beteiligen, sie zu fördern und zu unterstützen, und damit
- **dazu beizutragen, Kinder und Jugendliche zu starken, sozial kompetenten und verantwortungsbewussten Mitmenschen zu erziehen.**

4. Kinder- und Jugendbeteiligung in Stühlingen

Durch die Novelle der Gemeindeordnung vom 14.10.2015 und dem Inkrafttreten vom 01.12.2015 wurde in § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg die Beteiligung von Kinder und Jugendlichen neu geregelt. Danach soll die Gemeinde Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln.

Hierzu wurde vom Gemeinderat am 22.10.2018 nach Abstimmung mit den Kindern und Jugendlichen in Stühlingen folgende Beteiligungsform beschlossen:

a) Bildung einer „Interessengemeinschaft Jugend (IG Jugend)“

Aus den unterschiedlichen Schwerpunkten, welche in § 11 Abs. 1 SGB VIII aufgeführt sind, wurde eine „Interessengemeinschaft Jugend“ gebildet.

b) Durchführung einer jährlichen Jugendkonferenz / Podiumsveranstaltung

Zu einer jährlichen Jugendkonferenz/Podiumsveranstaltung werden alle Kinder und Jugendlichen aus der Gesamtgemeinde Stühlingen, unabhängig welche Schule sie besuchen, eingeladen. Die Veranstaltung behandelt alle jugendrelevanten Themen und wird von den Vertretern der „IG-Jugend“ in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und allen Referenten aus den Bereichen wie in § 11 Abs. 1 SGB VIII aufgeführt, geplant und organisiert.

c) Wahl der Jugendsprecher/innen / Vertreter/innen der „IG-Jugend“

Im Rahmen der jährlichen Jugendkonferenz wählen die Jugendlichen jeweils für ein Jahr bis zu acht Jugendliche, die als Sprecher/innen bzw. Vertreter/innen der „IG-Jugend“ für die Gesamtgemeinde Stühlingen im Dialog mit der Stadtverwaltung, dem / der Bürgermeister/in und dem Gemeinderat stehen.

d) Jugendbeteiligungsrat

Der Gemeinderat benennt vier Gemeinderatsmitglieder, die mit den Vertreter/innen der „IG-Jugend“ den sogenannten Jugendbeteiligungsrat bilden. Die Aufgabe des Jugendbeteiligungsrates besteht darin, die Vertreter/innen der „IG-Jugend“ und deren Belange anzuhören, vorzubereiten und beim Rederecht im Gemeinderat zu unterstützen.

f) Ansprechpartner/innen

Als alltagsbegleitende Ansprechpartner/innen stehen den Jugendlichen die Familienbeauftragte, die Beauftragte für die Kinder- und Jugendbeteiligung der Gemeinde sowie der / die Jugendreferent/in zur Verfügung, die gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Hauptamtsleiter die Sitzungen des Jugendbeteiligungsrat vorbereiten. Die Häufigkeit der Sitzungen richtet sich je nach Bedarf.